

Es gilt das gesprochene Wort



economiesuisse

Jahresmedienkonferenz

Aktuelle Fragen der Aussenwirtschaftspolitik

Charles Pictet, Vizepräsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Trotz einer kraftlosen Konjunktur und schwachen Finanzmärkten macht der Export von Gütern und Dienstleistungen noch immer fast 45% des Schweizer Bruttoinlandsprodukts aus. Die weitreichende Internationalisierung unserer Wirtschaft wurde kürzlich von einer Studie bestätigt, welche die Schweiz auf der Rangliste der am meisten globalisierten Länder auf den zweiten Platz setzt, unmittelbar hinter Irland. Europa bleibt zwar unser wichtigster Absatzmarkt, aber der Schweizer Aussenhandel zeichnet sich auch durch langjährige intensive Beziehungen mit den USA, Asien und den anderen Kontinenten aus.

Vor diesem Hintergrund möchte ich drei Themen behandeln: zuerst die laufenden Verhandlungen in der WTO, dann unsere Beziehungen mit der Europäischen Union und schliesslich den Einfluss neuer Sicherheitsanforderungen auf die ausserwirtschaftlichen Beziehungen.

Im November 2001 begann die neue Verhandlungsrunde der WTO unter dem Titel "Doha Development Agenda". Sie soll noch vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen werden. Die Ziele dieser Verhandlungen sind sicher hoch gesteckt, aber keinesfalls übertrieben. Der Hintergrund der neuen Runde ist eine eindruckliche Zunahme der wirtschaftlichen Internationalisierung, die allen, die sich daran beteiligen, zugute kommt. Eine niederländische Studie hat kürzlich gezeigt, dass eine Aufhebung aller Handelsschranken den Austausch deutlich erhöhen würde, und zwar um 30% zwischen den Industrieländern, um 40% zwischen Nord und Süd und sogar um 50% zwischen den Entwicklungsländern. Diese Zunahme des Handels würde natürlich zu einer Vergrösserung des allgemeinen Wohlstands und zu einer Verminderung der Armut beitragen.

Trotz der offensichtlich positiven Auswirkungen des internationalen Handels werden die WTO und ihre Verhandlungen unaufhörlich und oft zu Unrecht kritisiert. Die Kritiker dieser Organisation sollten sich angesichts der jüngsten Ereignisse einmal fragen, ob man nicht im Gegenteil alles unternehmen sollte, um eine multilaterale Institution, die gut funktioniert, zu stärken. Insbesondere ein kleines Land wie die Schweiz kann nur dann wirtschaftlich gedeihen, wenn es in ein multilaterales System, wie dies die

WTO darstellt, eingebunden ist, selbst wenn diese Organisation auch nicht in allen Teilen perfekt ist.

In den Augen von *economiesuisse* ist es unerlässlich, den Marktzugang für industrielle Produkte zu erleichtern, die Öffnung im landwirtschaftlichen Bereich weiter zu fördern und die Bedingungen für die Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu verbessern. Weitere wichtige Themen sind der Schutz des geistigen Eigentums, die Schaffung von günstigen Bedingungen für direkte Investitionen wie auch die Erleichterung des Austauschs.

Wir sind überzeugt, dass die Mitglieder der WTO trotz des sich abzeichnenden Widerstands alles daran setzen werden, die Verhandlungen voranzutreiben und positive Ergebnisse zu erzielen. Ein Scheitern der Verhandlungen würde sich ungünstig auf die Weltwirtschaft und das Wachstum auswirken, umso mehr als die Wirtschaft Zeit braucht, sich an die jeweiligen Veränderungen anzupassen.

Was Europa betrifft, so zeigt sich, dass die *Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union* nicht immer einfach sind. Aber schliesslich setzen sich jeweils die gemeinsamen Interessen und der Pragmatismus durch. *economiesuisse* unterstützt klar den Weg der bilateralen Verhandlungen, denn es gibt zur Zeit keine realistische Alternative.

Die Bedeutung der sieben bilateralen Abkommen, die im Juni 2002 in Kraft getreten sind, wird allmählich ersichtlich. Das zeigen die ersten Reaktionen von Mitgliedern von *economiesuisse*.

Im Vergleich dazu haben die neuen bilateralen Abkommen, über die zur Zeit diskutiert wird, weder dieselbe Tragweite noch dieselbe Kohärenz. Manche dieser Abkommen haben zwar eine grosse Bedeutung für bestimmte Branchen wie das Bankwesen oder die Nahrungsmittelindustrie, betreffen aber andere Sektoren nur wenig oder gar nicht. Die grosse Diskrepanz zwischen den Abkommen spricht klar für eine getrennte Behandlung im Parlament. Getrennte Bundesbeschlüsse sind einem einzigen Beschluss, den manche anstreben, eindeutig vorzuziehen.

Neben den bilateralen Verhandlungen spielt in Europa auch die Erweiterung eine wichtige Rolle. Die Europäische Union wird bald zehn neue Mitglieder zählen. Für die Schweizer Wirtschaft ist klar, dass die mit der Europäischen Union abgeschlossenen bilateralen Abkommen auch auf die neuen Mitglieder auszudehnen sind. Wir müssen uns bewusst sein, dass die neuen Mitgliedsstaaten oft höhere Wachstumsraten aufweisen als die Schweiz und damit wichtige Märkte der Zukunft darstellen. Die neuen EU-Länder verdienen deshalb die vollständige Integration ohne Einschränkungen. Jede andere Lösung wäre politisch und wirtschaftlich unverständlich.

Sobald man die Erweiterung der bilateralen Abkommen anspricht, reagieren gewisse Kreise sehr unwirsch. Sie kritisieren insbesondere das Abkommen über den freien Personenverkehr. Dabei hört man immer wieder die gleichen Argumente und dieselben ungerechtfertigten Befürchtungen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass der

freie Personenverkehr zu keiner bedeutenden Zunahme der Migration geführt hat. Kommt dazu, dass es – wie bei den ersten Abkommen – eine Übergangszeit gibt und die Schweiz flankierende Massnahmen ergreifen kann.

Ich bin heute überzeugt, dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Falle einer Volksabstimmung die Situation richtig einschätzen werden, und den Entscheid, die bilateralen Abkommen zu unterstützen, bestätigen werden.

Abschliessend noch zu einem andern Thema. Es geht insbesondere um ein neue Art von Hindernissen, welche den internationalen Handel erschweren. Ich meine dabei die neuen Sicherheitsanforderungen, welche der Güterhandel und die Finanzmärkte erfüllen müssen. Die Angst vor dem Terrorismus hat zu neuen Vorschriften bezüglich Austausch von Containern, Bioterrorismus und Finanzierung des Terrorismus, aber auch zu neuen Bestimmungen für Reisende geführt. Die entsprechende Initiative ging vor allem von den USA aus. Für die Schweizer Wirtschaft ist die Verbesserung der Sicherheit ein berechtigtes Anliegen. Aber die neuen Anforderungen dürfen nicht über das Ziel hinaus schiessen. Die neuen Bestimmungen verletzen nicht nur unsere Privatsphäre, sondern könnten sich auch negativ auf den Handel auswirken. Es ist auch darauf zu achten, dass das Geschäftsgeheimnis gewahrt wird.

Wie wir alle wissen, entwickelt sich der Aussenhandel, der für unsere Unternehmen entscheidend ist, ständig weiter. Dies erfordert immer wieder Anpassungen. Mehr denn je können unsere Unternehmen von der Weiterentwicklung klarer, flexibler und verlässlicher Spielregeln nur profitieren.

29. April 2003